

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

Département fédéral des affaires étrangères

Dipartimento federale degli affari esteri

Formular: **A754**

---

## **Schweizerische Vertretung in Venezuela**

Autoren: HYF, IMR

Datum: Juli 2020

# **Wirtschaftsbericht Venezuela 2019/2020**

# Inhaltsverzeichnis

<b>Zusammenfassung</b> .....	<b>3</b>
<b>Wirtschaftliche Probleme und Herausforderungen</b> .....	<b>4</b>
<b>Internationale und regionale Wirtschaftsabkommen</b> .....	<b>8</b>
<i>Politik, Prioritäten des Landes</i> .....	8
<i>Aussichten für die Schweiz</i> .....	8
<b>Aussenhandel</b> .....	<b>8</b>
<i>Entwicklung und allgemeine Aussichten</i> .....	8
<i>Bilateraler Handel</i> .....	9
<b>Direktinvestitionen</b> .....	<b>9</b>
<i>Entwicklung und allgemeine Aussichten</i> .....	9
<i>Bilaterale Investitionen</i> .....	10
<b>Handels-, Wirtschafts- und Tourismusförderung, «Landeswerbung»</b> .....	<b>10</b>
<i>Instrumente der Aussenwirtschaftsförderung</i> .....	10
<b>Interesse des Aufenthaltslands für die Schweiz</b> .....	<b>11</b>

## Zusammenfassung

---

- Venezuela leidet unter sich überlagernden politischen, sozioökonomischen und humanitären Krisen, die sich im Berichtszeitraum weiter verschärft haben.
- Die Wirtschaftslage hat sich im Berichtsjahr ein weiteres Mal signifikant verschlechtert, gemäss Schätzung des IWF nahm das BIP 2019 um 35 Prozent ab. Seit 2015 hat die Wirtschaftsleistung insgesamt um Zweidrittel abgenommen und der Negativtrend dauert weiter an, nicht zuletzt wegen der Corona-Pandemie.
- Die Auslandverschuldung ist hoch und engt, zusammen mit den makroökonomischen Sanktionen der USA, den aussenwirtschaftlichen Handlungsspielraum der Regierung ein.
- Das Land befindet sich seit Jahren in einer Hyperinflation. Die Inflationseffekte werden jedoch teilweise durch den Dollar abgefedert, der sich seit 2019 als faktische Parallelwährung etabliert hat. Die Dollarisierung verschärft jedoch die Ungleichheit mit jenen Teilen der Bevölkerung, die weiterhin in Bolívares bezahlt werden. Die Kryptowährung Petro konnte die Erwartungen der Regierung hinsichtlich Marktdurchdringung bislang noch nicht erfüllen.
- Die Regierung hat in den letzten Jahren die stark interventionistische Wirtschaftspolitik in Teilen liberalisiert (z.B. weitgehende Aufhebung der festgelegten Höchstpreise und fixen Wechselkurse). Das Marktumfeld bleibt jedoch aufgrund von weiterhin bestehenden Probleme beim Zugang zu internationalen Devisen, mangelnder Rechtssicherheit, der nicht gewährleisteten infrastrukturellen Grundversorgung (Elektrizität, Internet, Treibstoff, Wasser) und der schwerfälligen Bürokratie schwierig.
- Die starke Abhängigkeit von Erdölexporten bleibt ein strukturelles Problem, zumal sich die dafür benötigte Infrastruktur in einem lamentablen Zustand befindet, weshalb die Fördermengen stark zurückgegangen sind. Neben dem allgemein schwierigen Marktumfeld durch den Angebotsüberschuss im Erdölsektor erschweren die US-Sanktionen den internationalen Handel mit venezolanischem Erdöl. Abbau und Handel mit Gold und anderen Edelmetallen, wie Erdgas, Eisenerz, Bauxit, Diamanten oder Seltene Erden, haben aufgrund der sich verringern den Einnahmen aus dem Erdölsektor für die venezolanische Regierung an Wichtigkeit gewonnen. Deren Abbaubedingungen sind oft aus Perspektive der Menschenrechte und Umweltschutzes problematisch, die Handelskanäle undurchsichtig.
- Venezuela war bislang vor allem auf wirtschaftlicher und humanitärer von der Corona-Pandemie stark betroffen. Die Wirtschaftstätigkeit ist weitgehend zum Erliegen gekommen, der weiter gesunkene Erdölpreis belastet den Staatshaushalt und die für viele venezolanischen Familien überlebenswichtigen Überweisung von Venezolanern aus dem Ausland haben markant abgenommen.
- Die Entwicklung des bilateralen Handels, der in den letzten Jahren stark abgenommen hat, reflektiert das düstere Marktumfeld. 2019 betrug der Handel zwischen der Schweiz und Venezuela noch 29.6 Millionen CHF (-39.7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr), wovon die Exporte nach Venezuela 27 Millionen CHF ausmachten. Neben der wirtschaftlichen Situation ist der Wegfall des Goldhandels mit Venezuela ein gewichtiger Grund für die Implosion des Handels – seit 2017 wurde kein Gold mehr aus Venezuela importiert.
- Gemäss Beschlüssen des Bundesrates vom 28.3.2018 und 9.7.2018 übernimmt die Schweiz die personenbezogenen Sanktionen der EU gegen Venezuela, die aufgrund von schweren Verletzungen gegen die Menschenrechte sowie demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien erlassen worden waren. Entsprechende Sanktionen bestehen gegenwärtig gegen 25 Personen.
- Die schweizerisch-venezolanische Handelskammer (*Cámara Venezolano Suiza de Comercio y Industria*, CVSCI) feierte 2019 ihr vierzigjähriges Bestehen, was im Rahmen eines Besuchs von Alt-Ständerat Filippo Lombardi im Oktober 2019 gefeiert wurde.

## Wirtschaftliche Probleme und Herausforderungen

---

Venezuela leidet unter sich überlagernden politischen, sozioökonomischen und humanitären Krisen, die sich im Berichtszeitraum weiter verschärft haben. Der seit Jahren anhaltende **Konflikt zwischen der Regierung und der Opposition**, welche die entmachtete Nationalversammlung kontrolliert, eskalierte im Januar 2019 mit der Proklamierung des Parlamentspräsidenten Juan Guaidó zum Interimspräsidenten, was zu seiner Anerkennung von mehr als 50 Staaten geführt hat. Guaidó erzeugte damit eine neue, kurze Phase der Massenmobilisierung. Infolge der verschärften Repression und taktischer Fehler Guaidós ist seine Position heute jedoch stark geschwächt und sein Führungsanspruch auch in der Opposition nicht mehr unumstritten.

Als erster Indikator, um einen Eindruck über den Zustand der venezolanischen Wirtschaft zu erhalten, eignet sich ein Blick auf die **Entwicklung des BIP**. Die nationale Wirtschaftsleistung hat seit 2015 um rund Zweidrittel abgenommen, was weltweit für ein Land in Friedenszeiten einzigartig ist. Alleine 2019 betrug die Abnahme des BIP gemäss Schätzung des IWF 35 Prozent.<sup>1</sup> Der Negativtrend wird auch 2020 – zum siebten Mal in Folge – anhalten, die EIU rechnet mit einem Einbruch um 25 Prozent. Venezuela befindet sich in einer beispiellosen Krise, die das Land innert weniger Jahre von einem *upper-middle-income country* zu einem der ärmsten in der Region transformiert hat. Nach Ansicht der Regierung ist die Krise eine Folge der wirtschaftlichen Blockade durch die USA. Auch wenn diese die Lage zweifellos erschweren, wird dabei jedoch ausser Acht gelassen, dass der wirtschaftliche Abstieg bereits vor den ersten substanziellen makroökonomischen Sanktionen der USA, die ab 2018 erlassen wurden, begonnen hatte. Alle Sektoren sind von der Krise betroffen. Die Anzahl an im Industriebereich tätigen Betriebe ist in der Ära des Chavismus seit 1999 um 82 Prozent zurückgegangen.<sup>2</sup> Die Gründe für diese Entwicklung liegen in einer sich an sozialistischen Vorbildern orientierenden Wirtschaftspolitik mit massiven staatlichen Interventionen wie Nationalisierungen und Preiskontrollen. Dazu gesellen sich mangelnde Rechtssicherheit, flächendeckende Korruption sowie der gesunkene Ölpreis.

Venezuela ist seit Jahrzehnten von **Inflation** betroffen. Gemäss der gängigen Definition<sup>3</sup> befindet sich das Land seit 2017 in einer Phase der Hyperinflation, die 2018 gar 1.7 Millionen Prozent erreichte (2019: rund 7'400 Prozent). Venezuela regiert über die Notenpresse und kommt, um die Binnennachfrage zu stärken, aus dem *deficit spending* nicht heraus. Die Regierung ergriff während Jahren Massnahmen, die bloss die Symptome behandelten, womit wertvolle Zeit verstrich und das Land tiefer in den Sumpf der Rezession abrutschte. Zu dieser Symptombehandlung gehörten z.B. die Festlegung fixer Wechselkurse oder das Streichen von fünf Nullen durch die Einführung einer neuen Währung, des *Bolívar soberano*, im Oktober 2018. So wird ohne Unterlass Geld gedruckt, während die reale Wertschöpfung stetig abnimmt. Umfangreiche staatliche Interventionen, wie z.B. die massive Subventionierung von Treibstoff, Elektrizität, Gas und Wasser, regelmässige Sonderzahlungen an spezielle Empfängergruppen in der Bevölkerung (sog. «Bonusse») und die kostenlose medizinische Grundversorgung fressen das staatliche Budget auf, während die tatsächlich erbrachten Leistungen aufgrund der Inflation in der Realität oft mikroskopisch klein ausfallen.

Das Problem der Hyperinflation hat im Berichtsjahr aufgrund der faktischen **Dollarisierung** der Wirtschaft etwas an Intensität abgenommen. Der Dollar als Zahlungsmittel wurde seit einem landesweiten und mehrere Tage andauernden Stromausfall im März 2019 von den Behörden zunächst stillschweigend akzeptiert – zu anfällig ist der elektronische Zahlungsverkehr infolge der regelmässigen Stromausfälle geworden und Bargeld ist infolge der laufenden Entwertung sowieso Mangelware (die höchste Denomination, die 50'000-Bs.-Note, ist so selten, dass sie die meisten nur vom Hörensagen kennen, während ihr Wert heute noch rund 25 Rappen beträgt). Am 17.11.2020 bezeichnete Maduro schliesslich in einem Interview die Dollarisierung aufgrund ihrer «Ventilfunktion» als einen Segen für die Wirtschaft. Dieses quasioffizielle *endorsement* des Dollars führte endgültig dazu, dass heute *imperiales* zum gängigen Zahlungsmittel geworden sind. Schätzungen zufolge ist Bargeld im Wert von drei Milliarden US-Dollar im Umlauf, was den Gesamtwert der zirkulierenden Bolívares um das Vierfache übersteigt. Regulatorische Liberalisierung ermöglichen es Banken erstmals, Konten in Dollar zu führen. Das Problem ist indes, dass das Gehalt von Millionen Staatsbediensteter und Rentner weiterhin in Bolívares entrichtet wird, was dazu führt, dass auch Ärztinnen und Universitätsprofessoren in einer dollarisierten Wirtschaft nicht mehr von ihrem Gehalt leben können. Hat die Dollarisierung einerseits vielen Branchen, insbesondere im Dienstleistungsbereich, Impulse verleiht, hat dadurch andererseits die Schere zwischen den «have», die in Dollar bezahlt werden, und den «have-not», die weiterhin von mikroskopischen Bolívares-Bezügen leben, stark zugenommen. Dies wird noch durch einen sprunghaften Anstieg der Lebenshaltungskosten verschärft, die Venezuela innert Monaten von einem der weltweit günstigsten in ein mittelteures Land verwandelt hat. Das Phänomen der rasanten Teuerung, die gemäss Zahlen der hiesigen EU-Delegation alleine zwischen Januar und März 2020 45.5 Prozent betrug, wird in Venezuela in Allegorie zu den Erfahrungen mit der eigenen Währung mit einer gewissen Frustration als «Dollar-Inflation» bezeichnet.

Jüngster Hoffnungsträger, um das Währungssystem zu stabilisieren und gleichzeitig eine gewisse Unabhängigkeit vom US-Dollar zu bewahren, liegt in der durch die Erdölreserven gedeckten **Kryptowährung Petro**. Der Regierung meint es ernst damit. Um die Verbreitung zu fördern, hat sie damit begonnen, gewisse Zahlungen an Bevölkerungsgruppen («Bonusse») in Petro durchzuführen und bietet die Möglichkeit, damit auch staatliche Abgaben zu entrichten. Die

---

<sup>1</sup> FMI World Economic Outlook, Venezuela, April 2020.

<sup>2</sup> <https://www.eluniversal.com/economia/71390/estiman-caida-del-parque-industrial-en-43-este-ano>.

<sup>3</sup> Cagan-Definition von Hyperinflation: Zeitraum, während der die monatliche Inflation mehr als 50 Prozent beträgt, bis 12 Monate über den Monat hinaus, an welchem diese Rate wieder unterschritten wurde.

Massnahmen, um den Petro zu fördern, führen jedoch teilweise auch zu einem administrativen Mehraufwand für Firmen, was im Widerspruch steht zu teilweise parallellaufenden Liberalisierungsbestrebungen, z.B. in Form einer gestiegenen Akzeptanz des US-Dollars als Geschäftswährung. Der Petro leidet unter anderem an einer mangelnden Akzeptanz durch das Kleingewerbe sowie an den limitierenden technischen Möglichkeiten infolge der gerade ausserhalb von Caracas oft sehr schlechten Internetverbindung.

Ein strukturelles Problem der Wirtschaft ist die Abhängigkeit von Erdölexporten. Der **Erdölsektor** befindet sich jedoch in einem lamentablen Zustand, die Produktion von ehemals bis zu 3.5 Millionen ging auf rund 700'000 Fass pro Tag im Jahr 2019 zurück. Für 2020 wird mit einer durchschnittlichen Tagesproduktion von 600'000 Fass gerechnet, die Einnahmen von den Erdölexporten könnten sich jedoch nur noch auf einen Drittel (!) von jenen von 2019 belaufen.<sup>4</sup> Die staatliche Erdölfirma PDVSA hat ihre operationelle Unabhängigkeit verloren, ihre Einnahmen wurden bereits unter Chavez zweckentfremdet, um Sozialprogramme oder die Schulden freundlicher gesinnter Staaten zu bezahlen. Die Sanktionen verkomplizieren den Vertrieb venezolanischen Erdöls, das sich nur mit grossen Rabatten gegenüber dem ordentlichen Marktpreis überhaupt verkaufen lässt. Dazu kommt, dass ein erklecklicher Teil der Exporte heute in den Schuldiensten fließt. Zudem erhält Kuba weiterhin täglich mehrere Zehntausend Fässer Erdöl aus Venezuela, welches der sozialistische Bruderstaat für seinen Binnenkonsum sowie als Devisenquelle nutzen kann. Benzin ist seit jeher in Venezuela theoretisch praktisch gratis, weshalb ein substanzieller Anteil des für den Binnenkonsum vorgesehenen Treibstoffs nach Kolumbien geschmuggelt wird. Das Resultat ist eine chronische Benzinknappheit im ganzen Land und teilweise kilometerlange Autoschlangen vor den wenigen noch geöffneten Tankstellen. Am 1.6.2020 wurde ein neues Benzinpreissystem eingeführt, welches Venezolanern theoretisch das Recht auf den Bezug von 120 Litern pro Monat zum Preis von Bs. 5'000 (umgerechnet 2.5 Rappen) gibt, während der weitere Bedarf über einen Preis von 50 Dollarcent pro Liter gedeckt werden kann. Das System krankt aber weiterhin am grassierenden Treibstoffmangel. Der Binnenkonsum an Treibstoff ging gemäss Schätzungen innerhalb von sechs Jahren von 490'000 auf rund 110'000 Fass pro Tag zurück – dies liegt jedoch immer noch deutlich über den noch vorhandenen Raffineriekapazität, die von 1.3 Millionen auf etwa 40'000 Fass pro Tag zurückgegangen ist, weshalb Venezuela heute sogar Benzin importieren muss.<sup>5</sup> Zum Teil hat der Staat die Herausforderungen erkannt, es kursieren ambitionierte Reformpläne für den nationalen Giganten PDVSA in Richtung einer Liberalisierung. Allerdings ist das Marktumfeld aufgrund des infolge von Corona weiter gesunkenen Erdölpreises und den harten Sanktionen im Erdölsektor gegenwärtig denkbar ungünstig für die massiven Investitionen aus dem Ausland, die notwendig wären, um die Förder- und Raffinerieinfrastruktur wieder auf Vordermann zu bringen.

Abbau und Handel mit **Gold und anderen Edelmetallen**, wie Erdgas, Eisenerz, Bauxit, Diamanten oder Seltene Erden, haben aufgrund der sich verringernden Einnahmen aus dem Erdölsektor für die venezolanische Regierung an Wichtigkeit gewonnen. Um die Abbaukapazitäten zu erhöhen, definierte sie 2016 mit dem *Arco Minero del Orinoco* eine strategische Entwicklungszone für den Abbau von Edelmetallen, die jedoch teilweise in Nationalparks und im Lebensraum der indigenen Bevölkerung liegt. Da die Opposition und ihre internationalen Unterstützer versuchen, die Einkommensquellen der Maduro-Regierung trocken zu legen, hat sich der Goldabbau und -handel im laufenden Jahr zu einem politischen Thema entwickelt, das regelmässig von der Opposition im Inland sowie auf internationaler Ebene angesprochen wird (z.B. an Guaidós Auftritt am WEF in Davos vom 23.1.2020). Der Regierung wird illegaler Abbau (durch Verletzung von nationalen Schutzstandards für die indigene Bevölkerung und die Umwelt, Abbau durch kriminelle und illegale bewaffnete Gruppen, Korruption sowie Menschenrechtsverletzungen in den Edelmetallminen) und Handel/Schmuggel über illegale Kanäle zwecks Verschleierung der Herkunft vorgeworfen. Diese Vorwürfe werden regelmässig von der internationalen Presse und Menschenrechts-NGOs aufgenommen, haben aber noch zu keinen regulatorischen Massnahmen durch andere Staaten geführt, auch nicht durch jene, die Guaidó als Interimspräsidenten anerkannt haben. Substanzielle Goldverkäufe, u.a. an Iran, Türkei und die VAE, haben zudem die ordentlichen Reserven der Zentralbank stark dezimiert. Schätzungen gehen von verbleibenden Goldreserven im Wert von weniger als 5 Mrd. USD aus.

In der **Wirtschaftspolitik** lässt sich ein Zickzackkurs beobachten. Nachdem Maduro in den ersten Jahren seiner Präsidentschaft auf die Interventionsinstrumente aus dem Werkzeugkasten des Sozialismus setzte, hat seit 2019 eine teilweise atemberaubende Liberalisierungsdynamik eingesetzt. Unter Ökonomen ist deshalb bisweilen von einer «Chinasierung» der venezolanischen Wirtschaft die Rede (mit dem grossen Unterschied, dass China dabei auf einen massiven Ausbau der eigenen Industrie- und Dienstleistungskapazitäten setzt). Die venezolanische Regierung propagiert zwar weiterhin den «Sozialismus des 21. Jahrhunderts», ergriff aber im letzten Jahr – ganz diskret – weitgehende wirtschaftspolitische Massnahmen, die das Ziel der Umverteilung des Reichtums von oben nach unten in den Hintergrund rücken liessen. Das staatskontrollierte weicht einem teilliberalisierten Wirtschaftsmodell. An vorderster Stelle steht die teilweise bis weitgehende de-facto-Dollarisierung des Landes, auf die bereits weiter oben eingegangen wurde.

<sup>4</sup> Wirtschaftsreport der EU-Delegation in Venezuela, Mai 2020.

<sup>5</sup> <https://lagranaldea.com/2020/04/06/las-10-claves-para-entender-que-pasa-con-la-gasolina-en-venezuela/>.

Eine weitere Massnahme war die weitgehende Aufhebung der **Maximalpreise** für hunderte Produktion des täglichen Bedarfs. Im inflationsgebeutelten Bolívar festgelegte Höchstpreise führten dazu, dass Produkte oft zu tieferen Preisen als den Gesteungskosten verkauft werden mussten, was das Angebot wegbrechen liess, weil die Firmen die Produktion unter diesen Bedingungen nicht aufrechterhalten konnten. Es grassierte ein *infinite demand*, in welchem Konsumenten in den seltenen Fällen, in denen sie im Supermarkt ein Produkt zum festgelegten künstlich niedrigen Preis fanden, ungeachtet des eigenen Bedarfs das gesamte Regal leerkaufen, um das Produkt danach beim Nachbarn gegen ein anderes zu tauschen, das in der eigenen Küche fehlte. Das System führte somit zu einem florierenden Schwarzmarkt und Schmuggel. Mit der Abkehr von diesem System wurden praktisch alle Güter wieder erhältlich – die Supermärkte sind gut gefüllt, aber zu Preisen, die oft höher liegen als jene in der Schweiz. Im April 2020 verkündete die Regierung aufgrund dieser Preisentwicklung die Wiedereinführung des Maximalpreis-Regimes für 27 Güter des täglichen Konsums. Diesmal wurden die Preise jedoch inoffiziell in US-Dollar festgesetzt.<sup>6</sup> Ebenfalls zu einer Verbesserung der Angebotslage führte die Aufhebung vieler Importzölle – eine Massnahme, die aber auch Importprodukte gegenüber der heimischen Produktion bevorzugt.

Ein weiterer wichtiger Liberalisierungsschritt war die Aufhebung unterschiedlicher **fixer Wechselkurse**. Der Versuch, Kapitalflucht zu unterbinden, war von 2003 bis 2019 in Form von mehreren aufeinanderfolgenden Systemen von Währungskontrollen ein integraler Teil der Wirtschaftspolitik Venezuelas. Der Staat verkaufte den Bürgern und Unternehmungen jeweils harte Devisen zu festgesetzten Wechselkursen. Im System CADIVI (*Comisión de Administración de Divisas*), das von 2003 bis 2014 Bestand hatte, wurden unterschiedliche fixe Wechselkurse für unterschiedliche Kategorien von Importgütern definiert. Aufgrund des sich akzentuierenden Devisenmangels konnte das System eines massiv überbewerteten Bolívar für den Import überlebensnotwendiger Güter indes nicht aufrechterhalten werden. Selbstredend führte ein System, in welchem der Staat definierte, wer zu welchem Kurs Devisen wechseln darf, zu endemischer Korruption. Der ehemalige Planungsminister Jorge Giordani schätzte, dass 20 bis USD 25 Mrd. durch das CADIVI-System «verschwanden»,<sup>7</sup> andere schätzen die Verluste noch deutlich höher. Als das System zusammenbrach, bestanden noch Zahlungsausstände in Milliardenhöhe an Firmen, die aufgrund zugesagter Dollarverkäufen zu präferenziellen CADIVI-Kursen in Vorleistungen traten. Davon sind auch mehrere Schweizer Firmen betroffen (siehe Kapitel 7). An die Stelle von CADIVI traten ab 2014 neue Systeme, die auf die Versteigerung von Devisen an interessierte Bürger und Firmen setzten. 2019 wurde schliesslich das System *Mesa de Cambio* eingeführt, das den Devisenverkauf durch nationale Banken an Einzelpersonen und Firmen nach einem teilliberalisierten System vorsieht, wobei vor allem der Verkauf von Euro aus den Beständen der Zentralbank BCV gefördert werden soll. Da die Nachfrage weitaus höher als das Angebot ist, besteht der Schwarzmarkt weiter, wobei sich allerdings die Unterschiede zwischen dem offiziellen Kurs und jenem des Schwarzmarkts stark angenähert haben.

Liberalisierungsschritte hin oder her, um die **Rechtssicherheit** steht es schlecht. Der Staat greift oft ohne Vorwarnung tief ins Wirtschaftsgeschehen ein und verändert die Rahmenbedingungen (und manchmal auch Besitzverhältnisse) nicht selten über Nacht. Sehr weitgehende Schutzmassnahmen für Arbeitnehmer, Enteignungen und andere staatliche Vorgaben verursachen Effizienzverluste, Bürokratie und eine Behördenwillkür, welche der Korruption Tür und Tor öffnet. Dies zeigt sich z.B. auch an langwierigen Verfahren für Exporte und Importe. Dazu gesellt sich eine nicht unabhängige Justiz sowie der politische Machtkampf zwischen Regierung und Opposition, der zu einer Verdoppelung zentraler Institutionen, wie z.B. dem Parlament, geführt hat, was die Rechtssicherheit weiter untergräbt. Im *Ease of Doing Business Ranking* belegte Venezuela 2019 den 188. Platz (von 190 untersuchten Staaten)!

Das **Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft** ist konfliktgeladen. Es gibt keine tripartiten Strukturen, die Staat sowie Arbeitnehmer- und -geberverbände einschliessen. «Echte» Gewerkschaften, welche die Arbeitnehmer und nicht den Chavismus vertreten, organisieren sich zum Teil zusammen mit den Arbeitgeberorganisationen gegen den Staat. So waren es z.B. die venezolanischen Arbeitgeberorganisationen (*Fedecámaras*), die 2015 eine Klage bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) gegen Venezuela einreichten. Der Verwaltungsrat der ILO setzte daraufhin 2018 mit einer Untersuchungskommission das stärkste und letzte ihm zur Verfügung stehende Mittel ein, um kontinuierliche und schwere Verstösse gegen internationale Arbeitsnormen zu verifizieren.<sup>8</sup> Die Kommission besuchte Venezuela im Juli 2019 und veröffentlichte im darauffolgenden November ihren Bericht.<sup>9</sup>

Die **Auslandschulden** betragen, alle Elemente eingerechnet, 2018 USD 156 Milliarden und dürften seither weiter angestiegen sein.<sup>10</sup> Ein Teil der Erdölförderung fliesst direkt in den Schulddienst. Wichtige Gläubiger sind China und Russland. Keinem anderen Staat Südamerikas hat China mehr Geld geliehen, keinem anderen Staat schuldet Venezuela mehr Geld – mittlerweile rund 20 Milliarden USD. Die Kreditvergabe Chinas ist indes defensiver geworden. Seit Maduros Amtsantritt scheint China keine neuen Kreditlinien mehr gewährt, sondern nur noch bestehende erneuert zu haben. Das Sanktionsregime der USA machen die Schuldaufnahme und die Restrukturierung von Schulden auf bilateraler Ebene zunehmend schwierig. Zwischen 2013 und 2017 konnten Auslandschulden in der Höhe von mehr als EUR 71 Milliarden noch bedient werden, aber die Zahlungsmoral hat sich aufgrund des Devisenmangels verschlechtert. Deshalb droht Venezuela eines seiner Kronjuwelen, den amerikanischen Raffinerie- und Tankstellenbetreiber CITGO,

<sup>6</sup> Tiefen Einblick in die Funktionsweise der venezolanischen Politik gewährt der Umstand, dass das Preiskontrollregime 2018/19 nur de facto aufgehoben wurde, ohne dass das «Verwaltungsgesetz für faire Preise», welches den regulatorischen Rahmen schuf, angepasst worden wäre – die neue Ankündigung der Regierung heisst also nichts Anderes als dass das Gesetz nun wieder «berücksichtigt» werden soll.

<sup>7</sup> <https://transparencia.org.ve/project/y-que-paso-con-cadivi/>.

<sup>8</sup> ILO: *ILO Governing Body decides to appoint Commission of Inquiry for Venezuela* (21.3.2018).

<sup>9</sup> ILO: *ILO Commission of Inquiry will visit the Bolivarian Republic of Venezuela from 8 to 12 July, 2019* (8.3.2019).

<sup>10</sup> <https://markets.businessinsider.com/news/stocks/venezuela-debt-explodes-to-156-billion-report-2019-3-1028013380>.

der im Besitz von PDVSA ist, zu verlieren. Gleich zwei Lager streiten sich darum: Einerseits die Gläubiger einer abgelaufenen PDVSA-Obligation, die mit CITGO-Anteilen verbürgt war, andererseits der kanadische Minenbetreiber Crystallex. Dessen Goldmine im Bundesstaat Bolívar wurde von der venezolanischen Regierung 2008 verstaatlicht, woraufhin das *International Centre for Settlement of Investment Disputes* ICSID 2016 Crystallex eine Entschädigung von USD 1.4 Milliarden zusprach. Da Venezuela das Urteil nicht akzeptierte, zog Crystallex den Fall vor US-Gerichte, wo eine Verbindung zu den CITGO-Assets hergestellt wurde. Der Fall ist noch hängig. Das CITGO-Dossier hat auch eine politische Dimension, da die von den USA anerkannte «Interimsregierung» von Oppositionsführer Juan Guaidó die Kontrolle über die Geschäftsführung der amerikanischen Erdölfirma übernommen hat. Die Opposition möchte deshalb ebensowenig die Kontrolle über CITGO verlieren, wie die Regierung den Führungsanspruch von Guaidó über CITGO nicht anerkennt.

Venezuela Staatsverschuldung wird von Gläubigern wie China und Russland ausgenutzt, um die Kontrolle über strategische *assets* im Rohstoffbereich zu gewinnen. Damit büsst das Land auf längere Sicht an Freiheitsgraden und damit an Souveränität ein. Die **aussenwirtschaftliche Handlungsfreiheit** ist bereits heute durch das umfassende Sanktionsregime der USA eingeschränkt, die neben Personen- auch makroökonomische Sanktionen umfassen. Venezuela kann dadurch sein Erdöl nicht frei auf dem Weltmarkt verkaufen. Der Kauf und Verkauf von Anteilen an Firmen, die mehrheitlich im Staatseigentum stehen, ist ebenfalls nicht möglich. Dazu kommt das Phänomen der *over-compliance* der Banken, die dazu führt, dass diese teilweise sogar von einfachen Banktransaktionen mit einem Venezuela-Bezug zurückschrecken. U.a. die EU und Kanada haben auch Sanktionen erlassen, die jedoch auf Personen abzielen und auf wirtschaftlicher Ebene nicht über ein Rüstungsexportembargo hinausgehen. Die Schweiz übernimmt jeweils das Sanktionsregime der EU gegen Venezuela (siehe Kapitel 6).

Die **Infrastruktur** befindet sich in einem lamentablen Zustand. Die Grundversorgung mit Strom, Wasser, Gas, Benzin und Telekommunikation ist im Land nicht mehr gewährleistet. Kraftwerken und Stromnetzen fehlt es seit Jahren an grundsätzlichem Unterhalt, Instandhaltungsinvestitionen und qualifizierten Arbeitern, die in den letzten Jahren das Land verlassen haben. Regelmässige Stromausfälle, die teilweise tagelang andauern, und Rationierungen sind im ganzen Land an der Tagesordnung. Ein mehrtätiger landesweiter Stromausfall im März 2019 hat die Anfälligkeit des Systems offengelegt und wirtschaftliche Auswirkungen gezeitigt, die Monate anhielten. Ähnlich verhält es sich mit der Wasserversorgung, von welcher Privathaushalte, Firmen und öffentliche Infrastruktur (Spitäler) teilweise tagelang abgeschnitten sind. Zum schlechten Zustand der Wasserinfrastruktur gesellt sich die Abhängigkeit von einer funktionierenden Stromversorgung. Ein entscheidender Hemmfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung ist unzureichende Benzinversorgung. Diese hat dazu geführt, dass eine Vielzahl von Landwirtschaftsbetrieben in den fruchtbaren Gegenden des Landes ihren Betrieb einstellen mussten. Ebenfalls hat der Benzinnotstand Auswirkungen auf die Situation des öffentlichen Verkehrs. Auch der Luftverkehr ist eingeschränkt, nur wenige internationale Fluggesellschaften fliegen den Flughafen Caracas-Maiquetía noch an. Infolge der US-Sanktionen gibt es keine Direktflüge in die USA mehr. Die schlechte Grundversorgung und die hohe Kriminalität führen zu hohen Betriebskosten für Firmen.

Das in weiten Teilen hochentwickelte Venezuela wurde in den letzten Jahren von einer **humanitären Krise** erfasst. Die UNO geht davon aus, dass sieben Millionen Menschen hilfsbedürftig und rund ein Drittel der Bevölkerung *food insecure* sind, weshalb sich das Land langsam für humanitäre Hilfe öffnet. Die humanitäre Krise führte auch zu einem **Massenexodus**, gemäss dem OHCHR haben seit 2015 5.1 Millionen Menschen Venezuela verlassen. Dies führt zu einem eklatanten Fachkräftemangel, die nicht nur in der Privatwirtschaft, sondern auch zum Betrieb der Infrastruktur benötigt werden.

Die venezolanische Wirtschaft ist von der **Corona-Pandemie** hart getroffen, auch wenn sich bislang die Fallzahlen im regionalen Vergleich noch verhältnismässig in Grenzen halten. Das Land befindet sich seit Mitte März in einem Lockdown, der teilweise regional und temporär gelockert wird. Da die Fallzahlen seit Mai 2020 ansteigen, ist davon auszugehen, dass dieser Zustand noch eine Weile andauern könnte. Da ein grosser Teil der werktätigen Bevölkerung in der informellen Wirtschaft ihr Auskommen findet, sind die humanitären Sekundäreffekte der Pandemie gross – der Begriff des «*Corona hambre*» macht in diesem Zusammenhang die Runde. Neben der fehlenden Möglichkeit zum Broterwerb für Millionen von Venezolanern während des Lockdown kommen noch zwei weitere volkswirtschaftliche Effekte mit potenziell weitreichenden negativen Auswirkungen hinzu: Erstens trifft die aufgrund der Pandemie verringerte Nachfrage nach Erdöl Venezuela besonders hart, weil es aufgrund der Sanktionen sein Erdöl ohnehin nur mit grossen Preisabschlägen verkaufen kann. Der Preis, den Venezuela für sein Erdöl in dieser Konstellation noch erhält, dürfte teilweise kaum über den Gestehungskosten liegen. Die venezolanischen Lagerkapazitäten für Rohöl sind entsprechend voll ausgelastet, während es weiterhin an Benzin mangelt. Seit Ausbruch der Corona-Pandemie sollen Bericht zufolge 1'800 Tankstellen im Land geschlossen worden sein. Der zweite volkswirtschaftliche Effekt der Corona-Pandemie ist der zu erwartende Einbruch der in die Heimat überwiesenen Remissen durch Auswanderer, die sich in den letzten Jahren zu einem wichtigen Pfeiler der Volkswirtschaft entwickelt haben (2019 erhielten 30 Prozent der venezolanischen Haushalte Überweisungen im Wert von USD 3.5 Milliarden). Die Überweisungen haben im März 2020 um 75 Prozent abgenommen. Fürs ganze Jahr wird ein Rückgang um nahezu die Hälfte erwartet.<sup>11</sup>

---

<sup>11</sup> <https://ecoanalitica.com/>; <http://www.bancaynegocios.com/caida-de-remesas-en-venezuela-se-proyecta-en-42-en-2020/>.

# Internationale und regionale Wirtschaftsabkommen

---

## **Politik, Prioritäten des Landes**

La politique de commerce extérieur "bolivarien" manque aujourd'hui de substance et de soutien. Outre des gestes symboliques dans le cadre de l'*Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América* (ALBA), le Venezuela concentre aujourd'hui ses relations à ses principaux investisseurs (et créanciers) tels que la Chine et la Russie, ainsi qu'avec les États producteurs de pétrole à l'intérieur et à l'extérieur de l'OPEP (stabilisation du prix cible) et ses pays alliés Cuba, Turquie et Iran. L'isolement du Venezuela au niveau régional continue de s'accroître. Une majorité de pays d'Amérique latine se sont résolument éloignés du régime autoritaire et sont notamment vocaux au sein de Groupe de Lima. Le Venezuela ne participe plus aux efforts économiques régionaux tels que l'Alliance du Pacifique, le Mercosur ou la Communauté andine.

Les outils d'intégration régionale prioritaires du Venezuela sont l'ALBA, la CELAC (Communautés latino-américaines et caribéennes) et Petrocaribe. L'adhésion du Venezuela au Mercosur a été suspendue en 2016/17 sous la pression des membres fondateurs. Le pays ne peut compter sur un soutien superficiellement solide, que dans l'ALBA. Cependant, ce dernier est menacé d'insignifiance en particulier pour ce qui est du domaine de la politique économique. L'UNASUR (Union des nations sud-américaines) qui était un des « outils » politiques du Venezuela est devenu obsolète. CELAC pour sa part se bat également pour sa pertinence. Petrocaribe (depuis juin 2005) est supposé fournir un approvisionnement en pétrole vénézuélien à des conditions préférentielles aux pays des Caraïbes. Grâce notamment à ce mécanisme, le Venezuela sous le président Hugo Chavez a pu exercer une influence politique régionale considérable. Avant même la dernière forte crise d'approvisionnement en date (printemps 2020), le Venezuela avait la plus grande peine à respecter ses engagements dans ce cadre et à fournir du pétrole préférentiel aux Caraïbes, en raison de la forte baisse de sa production de pétrole et des sanctions américaines de février 2019. Ceux-ci s'approvisionnent donc de plus en plus en pétrole auprès d'autres fournisseurs dont les États-Unis qui gagnent des parts de marché dans la région.

## **Aussichten für die Schweiz**

Die Schweiz, aber auch die EU, sind keine Schwerpunkte der venezolanischen Aussenwirtschaftspolitik (und umgekehrt). Schweizer Firmen sind deshalb gegenüber jenen aus EU-Staaten keinen Diskriminierungen in Venezuela ausgesetzt. Ausländische Firmen kommen aber oft aus Staaten, die über enge politische Beziehungen mit Venezuela verfügen, und sind nicht selten staatsnah oder im Staatsbesitz. Gegenüber solchen Firmen bestehen bezüglich Marktzugang keine gleich langen Spiesse.

Zwischen der Schweiz und Venezuela bestehen ein Investitionsschutzabkommen (1993) und ein Doppelbesteuerungsabkommen (1996).

# Aussenhandel

---

## **Entwicklung und allgemeine Aussichten**

Traditionell verfügt Venezuela durch seine Erdölexporte über eine stark positive Handelsbilanz. Dieses betrug im ersten Quartal 2019 knapp USD 5.7 Mrd.<sup>12</sup> Verlässliche aktuelle Daten sind nicht erhältlich, weil aufgrund der US-Sanktionen der Erdölexport, welcher über 90 Prozent der Exporteinnahmen ausmacht, zu grossen Teilen über wenig transparente Kanäle ablaufen.

Seit jeher waren die USA der wichtigste Handelspartner Venezuelas. Die strategische Ausrichtung des venezolanischen Geschäfts mit seinem extraschweren Erdöl auf darauf spezialisierte Raffinerien in den USA ist mit der Ausdehnung des Sanktionsregimes auf den Erdölsektor 2019 zu einem Ende gekommen. Die Exporte richteten sich in der Folge stärker nach China, Russland und in die Türkei aus. Russland verfügt über ausgefeilte Strukturen und Kanäle verfügt, um venezolanisches Erdöl an den US-Sanktionen vorbei an Dritte, z.B. nach Indien oder via Malaysia nach China,<sup>13</sup> zu exportieren. Allerdings hat die geostrategische Bedeutung des venezolanischen Erdöls aufgrund der globalen Überkapazitäten abgenommen, was sich auch an Massnahmen zeigt, welche Russland und die USA in Bezug auf Rosneft und Chevron im ersten Halbjahr 2020 ergriffen haben. Der US-Erdölkonzern Chevron ist seit den Anfängen der venezolanischen Erdölära in den frühen Zwanzigerjahren des 20. Jahrhunderts durchgehend präsent. In Joint Ventures mit PDVSA ist Chevron an der Ausbeutung von zwei der grössten Erdölfelder im Land beteiligt. Da die USA fürchteten, dass Russland dieses strategische *asset* nach einem Rückzug von Chevron nur zu gern übernehmen würde, wurden die Chevron-Aktivitäten zunächst durch alle drei Monate zu erneuernde *waiver* vom Sanktionsregime ausgeschlossen. Mit dem weiteren Fall des Erdölpreises im Zuge der Coronapandemie sowie einer unablässig fortgeführten *maximum*

<sup>12</sup> <https://tradingeconomics.com/venezuela/balance-of-trade>.

<sup>13</sup> <https://www.reuters.com/article/us-venezuela-oil-deals-specialreport/special-report-how-china-got-shipments-of-venezuelan-oil-despite-us-sanctions-idUSKBN23J1N1>.



*pressure*-Kampagne seitens der Trump-Administration verkündeten die USA am 22.4.2020 ein Ende der Sanktionsausnahme für Chevron (und weitere weniger direkt involvierte amerikanische Erdölfirmen). Dem Konzern wurde eine *winding-down*-Periode bis Ende 2020 zugestanden, die Beteiligung an kommerziellen Tätigkeiten ist jedoch bereits jetzt nicht mehr möglich. Damit wurde gewissermassen der letzte Schönheitsfehler des Sanktionsregimes, den die USA aus Rücksicht auf seine eigenen wirtschaftlichen Interessen noch zugelassen hatte, ausgemerzt.

Ein Grund für diesen Schritt der USA könnte der im März 2020 bekanntgegebene Ausstieg der russischen Rosneft aus dem Venezuela-Geschäft gewesen sein. Rosneft kündigte an, dieses an die neu gegründete Firma Roszarubzhneft zu übertragen, die vollständig im Besitz des russischen Staates ist. Dieser überraschende Schritt ist als eine Folge der US-Sanktionen zu sehen, zumal im Februar und März 2020 auch zwei Tochterfirmen von Rosneft mit Sitz in der Schweiz von den USA aufgrund von Handels mit venezolanischem Erdöl auf die Sanktionsliste genommen wurden. Noch lässt sich nicht abschätzen, welche konkreten Folgen der Abgang von Rosneft hat, dessen Vertriebsstrukturen für den venezolanischen Erdölexport in Sanktionszeiten vital gewesen sind. Von Experten ist zu hören, dass die staatliche russische Firma, welche nun das Venezuela-Geschäft verwaltet, nicht direkt von diesen Vertriebskanälen profitieren kann.

Der sich ab März 2020 verschärfte Treibstoffmangel dürfte auf den Druck der USA auf diverse Erdölfirmen (ENI, Repsol, Rosneft) zurückzuführen sein, die zuvor gängigen Tauschgeschäfte einzustellen, in welchen venezolanisches Erdöl gegen Benzin getauscht wird. Iran sprang in der Folge in die Bresche und lieferte öffentlichkeitswirksam ab Ende Juni 2020 in fünf Tankern zunächst 1.5 Millionen Fass Benzin. Venezuela bezahlte dafür sowie für Irans Unterstützung für die Reaktivierung der venezolanischen Raffinerien unbestätigten Berichten zufolge USD 500 Millionen in Gold (was mehr als zehn Prozent der Goldressourcen der Zentralbank entspricht).

Es gibt nach Ansicht von Experten wenig Anzeichen, dass der Aussenhandel in den nächsten Jahren sich in eine positive Richtung entwickeln könnte. Die Abhängigkeit vom Erdölexport ist unverändert gross, die Produktionskapazität jedoch auf einem Tiefstand und die Erdölpreise dürften auf absehbare Zeit nicht signifikant ansteigen.

### ***Bilateraler Handel***

Der Handel zwischen der Schweiz und Venezuela ist weitgehend eingebrochen und betrug 2019 noch CHF 29.6 Millionen (-39.7 Prozent). Exportiert wurden Uhrmacherwaren (67 Prozent), pharmazeutische Erzeugnisse (13.7 Prozent), chemische Erzeugnisse (7 Prozent) sowie Maschinen und Apparate (4.2 Prozent). Die Importe, die nur CHF 2.6 Millionen betragen, bestanden in erster Linie aus Kakao (47.5 Prozent), weiter aus Getränken und Alkoholika (14.7 Prozent), Kunst (11.8 Prozent) sowie Maschinen und Apparate (9 Prozent).<sup>14</sup> Neben der wirtschaftlichen Situation ist der Wegfall des Goldhandels mit Venezuela ein gewichtiger Grund für die Implosion des Handels. Nachdem 2016 noch für CHF 2.8 Milliarden Gold in die Schweiz importiert wurde, ist es seit 2017 zu keinen Importen mehr gekommen. Es scheint auch, dass nicht vermehrt Gold über Drittstaaten aus Venezuela in die Schweiz gelangt: Zwischen 2012 und 2018 hat die CH mit Aruba und Bonaire gar kein Gold gehandelt und die Goldimporte aus Kolumbien und Curaçao haben in den letzten Jahren ebenfalls deutlich abgenommen.<sup>15</sup>

## **Direktinvestitionen**

---

### ***Entwicklung und allgemeine Aussichten***

Les nombreux problèmes et incertitudes économiques, juridiques et politiques ont entraîné un retrait de capital et, compte tenu du potentiel de l'économie, peu d'investissements nouveaux au cours des années précédentes. Avec la nouvelle crise politique qui sévit il est peu probable que 2019 ait été une année de grands investissements si ce n'est peut-être de la part des alliés politiques du régime.

Comme mentionné précédemment, le Venezuela se porte très mal en termes de sécurité juridique. Depuis 2002, l'État a procédé à plusieurs milliers d'expropriations, généralement sans indemnisation adéquate. Sous le président Maduro, elles ont diminué, mais font toujours partie de l'arsenal économique, de même que d'autres violations des droits de la propriété, telles que le grand nombre de pillages non résolus, des visites excessives d'usines ou des prises de contrôle temporaires de canaux de distribution par le gouvernement. Les autorités judiciaires vénézuéliennes ont pris des mesures contre plusieurs sociétés étrangères et vénézuéliennes accusées de corruption ou d'autres pratiques commerciales illégales. Ces enquêtes étaient souvent accompagnées d'arrestations provisoires d'entrepreneurs. En 2019 c'était l'arrestation de plusieurs membres du conseil d'administration de la branche américaine de PDVSA, CITGO qui a surpris. Plusieurs affaires judiciaires majeures, notamment dans le secteur extractif, sont toujours en instance. Le gouvernement vénézuélien fait régulièrement appel des décisions d'indemnisation rendues par les tribunaux d'arbitrage internationaux et, à quelques exceptions près, ne se conforme pas aux décisions finales.

---

<sup>14</sup> Statistik der EZV.

<sup>15</sup> [Eidgenössische Zollverwaltung EZV](#), Code 7108.1200- Gold, einschl. platinertes Gold, in Rohform, zu anderen als zu monetären Zwecken.

Sur le papier, la nouvelle "loi sur les investissements étrangers productifs" de la Constituante de 2017 pourrait présenter certains avantages pour les investisseurs directs étrangers (à partir de € 800' 000), par exemple la perspective d'achats publics, avantages fiscaux et douaniers et réduction de l'horizon de placement minimal de l'investissement de cinq à deux ans. D'autre part, elle génère de nouveaux impondérables, avec par exemple un large éventail de contrôles et de sanctions de la part de l'État. Après déduction des impôts, une entreprise peut rapatrier 100% du bénéfice annuel à l'étranger et 100% de l'investissement en cas de liquidation. Toutefois, dans des "situations économiques exceptionnelles", le président peut réduire le taux de rapatriement des bénéfices à 60%. Dans la pratique néanmoins, les devises étrangères nécessaires au rapatriement des revenus en monnaie locale manquent. En cas de litige, l'investisseur doit se prévaloir des instances judiciaires dont il dispose au Venezuela avant de pouvoir faire appel à des mécanismes internationaux. La portée et la validité des lois adoptées par cette « Assemblée Nationale Constituante » à la légitimité contestée restent cependant sujettes à caution – l'un des causes parmi d'autres de l'insécurité juridique déjà évoquée.

Le potentiel d'investissement le plus important réside traditionnellement dans le secteur des matières premières (pétrole brut, gaz naturel, minéraux). Les rares investisseurs durant cette période de crise viennent de pays "amis" (tels que la Chine, la Russie, l'Iran, l'Inde et la Turquie). Un obstacle dans le secteur des matières premières réside dans le fait que l'État vénézuélien (par exemple, PDVSA) doit être associé à une part majoritaire des projets d'investissement correspondants. Afin de remédier à cette situation, le gouvernement, par décision de la Cour suprême rendue à la fin du mois de mars 2017, a acquis la compétence pour adapter la loi sur le pétrole et a créé des sociétés mixtes sans la participation de l'état. Die neu eingesetzte PDVSA-Führung scheint an Plänen zu arbeiten, welche die Schaffung gemischter Gesellschaften unter ausländischer Mehrheitsbeteiligung erlauben würden.

### ***Bilaterale Investitionen***

Avec un volume de 2'026 millions de francs suisses, le Venezuela était encore la sixième destination des investissements suisses en Amérique du Sud en 2018.<sup>16</sup> Une grande partie de ceci provient de Nestlé. La société exploite quatre usines de fabrication dans le pays et emploie encore plus que 2000 personnes. La conjoncture économique difficile et les perspectives économiques généralement pessimistes sont les principales raisons pour lesquelles les entreprises suisses, comme les autres, ne réalisent guère de nouveaux investissements et, au contraire, retirent des capitaux.

## **Handels-, Wirtschafts- und Tourismusförderung, «Landeswerbung»**

### ***Instrumente der Aussenwirtschaftsförderung***

Le principal acteur dans ce domaine est la Chambre de commerce et d'industrie vénézuélienne et suisse (Cámara Venezolano Suiza de Comercio y Industria, CVSCI). Cette institution privée a été fondée en 1979 dans le but de promouvoir le commerce, les investissements, le transfert de technologie et la coopération générale entre la Suisse et le Venezuela. La CVSCI est financée par ses membres et reçoit un soutien annuel de Switzerland Global Enterprise (SG-E). Ihr vierzigjähriges Bestehen wurde 2019 mit einem Besuch von Alt-Ständerat Filippo Lombardi gefeiert.

Pour contribuer au renforcement de l'enseignement et de la formation professionnels mixtes au Venezuela, des membres de la Chambre de commerce, notamment Nestlé et d'autres sociétés nationales et internationales, ont pris l'initiative en 2009 de créer et d'exploiter une école d'enseignement et de formation professionnels dans l'État d'Aragua. L'*Instituto Henri Pittier* forme actuellement environ 70 jeunes issus de milieux modestes à devenir mécaniciens et électriciens. Les apprentis passent dix-huit mois à l'institut (théorie et pratique) et travaillent encore dix-huit mois chez leur employeur, qui paie les salaires et les coûts de l'institut. Compte tenu également de l'environnement de plus en plus difficile, ce projet rencontre un vif succès.

Die Botschaft unterhält Kontakte zur lokalen Startup-Szene und unterstützte 2019 den *Pitching-Event* des Schweizer Inkubators *Seedstars*.

Un accord-cadre bilatéral signé en 2008 a mis en place la Commission économique mixte suisse-vénézuélienne, qui s'est réunie pour la première et unique fois à Caracas en mars 2009. En février 2010, les deux pays ont également signé un mémorandum sur la mise en place de consultations politiques. Dans le même temps, la première et unique table ronde officielle s'est tenue à Caracas. Les deux instruments (commission économique mixte et consultations politiques) auraient dû être réactivés à la demande de la Suisse depuis 2009 et 2010 respectivement. Dans le souci prioritaire d'aider les entreprises suisses à trouver des solutions aux nombreux problèmes qui se posent, des efforts ont de nouveau été déployés en 2018 pour que se tienne une réunion de la commission économique. En raison de la situation politique intérieure au Venezuela et du manque de réactivité de la part de Caracas, la mise en œuvre n'a pas été possible.

<sup>16</sup> Rapport SECO 2019 Latin America.

## Interesse des Aufenthaltslands für die Schweiz

---

La Suisse jouit généralement d'une bonne réputation au Venezuela, le succès économique de notre pays et sa stabilité politique y contribuent. De nombreux Vénézuéliens de la classe moyenne supérieure et en particulier des classes supérieures apprécient la Suisse en raison de leurs voyages d'affaires et de leurs loisirs. Le citoyen moyen vénézuélien n'a que peu de connaissances de la Suisse, à l'exception de clichés bien connus (chocolat et autres). La communauté suisse principalement conformée de double-nationaux de longue date reste relativement stable (environ 1'300 personnes).

Bien qu'aucune statistique ne soit disponible, il est probable que les classes moyennes et supérieures vénézuéliennes utilisent le tourisme et les services médicaux en Suisse. La réputation de la Suisse au Venezuela en tant que lieu d'enseignement est également très importante. Pour des raisons linguistiques, toutefois, la préférence est donnée à des pays tels que l'Espagne ou les États-Unis et la Grande-Bretagne. En raison du problème des changes au Venezuela, le financement des études à l'étranger se heurte à des obstacles supplémentaires. Il n'y a pas d'accords bilatéraux dans le secteur de l'éducation. Cependant, le programme de la Commission fédérale des bourses pour étudiants étrangers (ESKAS) est disponible pour les bourses de recherche universitaire (bourses de doctorat, bourses postdoctorales et bourses de recherche).

La Suisse est considérée comme un lieu d'investissement sûr et intéressant. Cependant, le secteur privé, qui pourrait avoir un intérêt - ainsi que les possibilités financières - d'investissements directs en Suisse, n'est pratiquement plus présent au Venezuela.

La place financière de la Suisse est bien connue au Venezuela, mais sa réputation est ambivalente. La sécurité et le professionnalisme ne font pas de doute. Diverses institutions financières basées en Suisse gèrent le capital vénézuélien (Banco Mercantil a une filiale à Zurich). D'autre part, l'opinion est souvent perceptible que la place financière suisse joue un rôle négatif dans la corruption, le blanchiment de capitaux et l'évasion fiscale. Cette vue se nourrit de titres sporadiques négatifs.